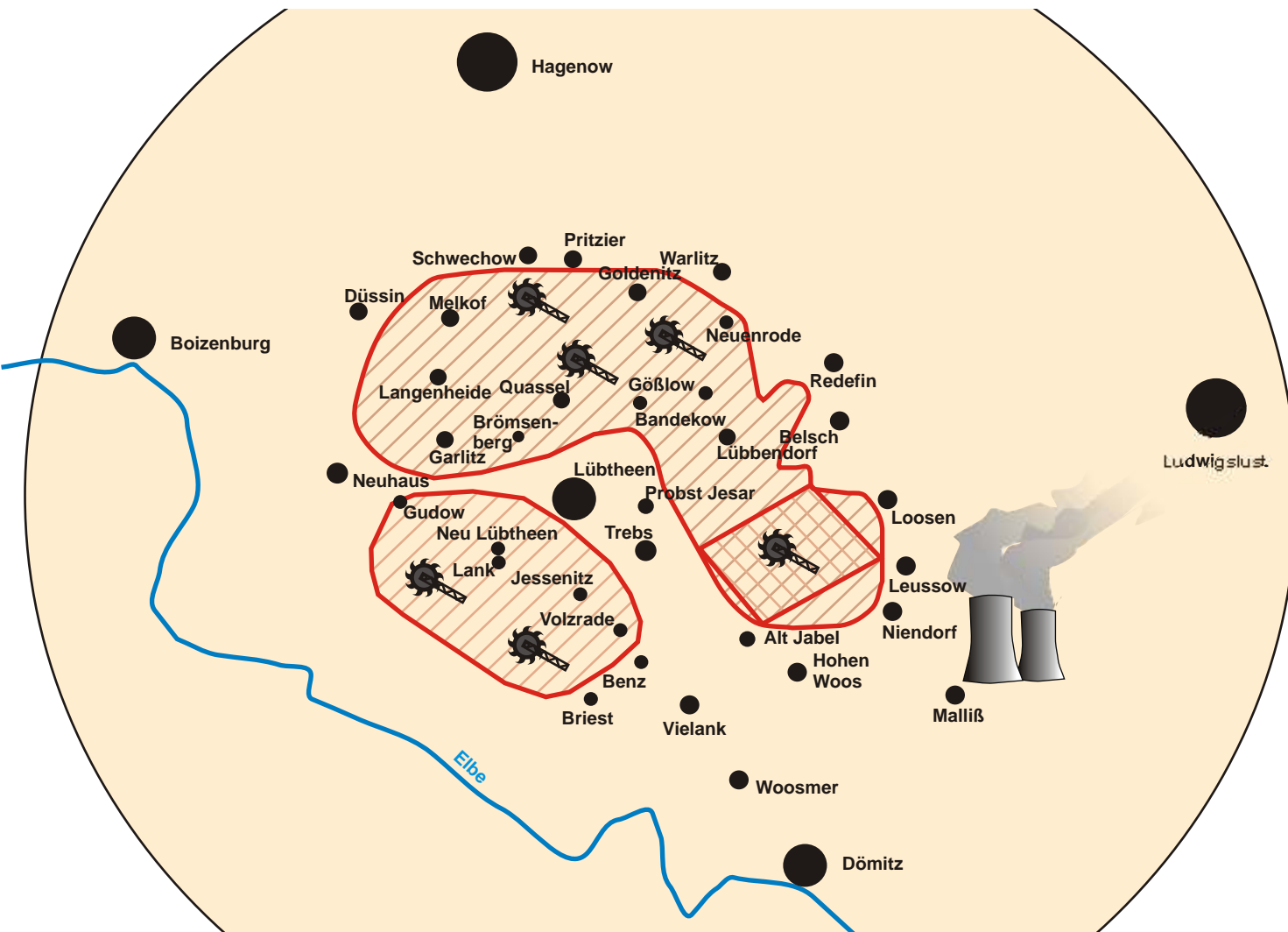


## Möglicher Tagebau und seine Auswirkungen



-  Diatomeenkohlevorkommen
-  Geplanter Tagebau "Lübtheen 1"
-  möglicher Tagebau
-  Fallende Immobilienpreise  
Wirtschaftsnachteile und  
Grundwasserabsenkungen

### Impressum:

Bürgerinitiative "Braunkohle-Nein!"  
 Internet: [www.braunkohle-nein.de](http://www.braunkohle-nein.de)  
 Email: [info@braunkohle-nein.de](mailto:info@braunkohle-nein.de)  
 Presse: AV Team Press, 038758-36870

### Ansprechpartner:

Helmut Eggers, Lübtheen, 038855-51617; Ekkehard Albrecht, Lübtheen, 038855-78109; Csaba Matrahazi, Lübtheen, 038855-510  
 Kai Hagen, Vielank, 038759-33588; Nicolay Mausz, Quassel, 038855-778-22; Michael Ohlrogge, Garlitz 0174-6576311  
 Thomas Blaudszun, Hagenow, 03883-727762; Silke Storeck, Woosmerhof, 038759-33574, Andreas Vones und Doreen Remer, Rüterberg; weitere Ansprechpartner siehe Internet

Ihre Unterstützung ist uns wichtig!  
 Treten Sie auch unserem Verein bei.

# Braunkohleabbau im Landkreis Ludwigslust ?

## Wir sagen NEIN!



Bürgerinitiative "Braunkohle - Nein!"  
[www.braunkohle-nein.de](http://www.braunkohle-nein.de)

## **Braunkohleabbau im Landkreis Ludwigslust ? Wir sagen NEIN!**

Seit Jahrzehnten ist bekannt, dass der Großraum Lübtheen über sogenannte Diatomeenkohle, ein Gemisch aus Braunkohle und Kieselgur, verfügt.

Die MIBRAG mbH (Eigner: "Washington Group International" und „NRG Energy Inc.“) plant, nach jahrelangen Probebohrungen, im Bereich des Lübtheener Truppenübungsplatzes einen Tagebau zum Abbau der Diatomeenkohle einzurichten. Hierfür muss die gesamte Braunkohle in einem oder mehreren Kraftwerken in der Region verbrannt werden. Mit Informationsveranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit wird versucht, die Bevölkerung und die Kommunalpolitiker für das Abbauvorhaben zu begeistern. Hierbei werden nicht die negativen Konsequenzen offengelegt. Gravierende Folgen bleiben unerwähnt oder werden beschönigt.

Wir sind eine Bürgerinitiative mit der Zielsetzung, die Öffentlichkeit über die Konsequenzen des Braunkohletagebaus zu informieren. Wir sind davon überzeugt, dass die negativen Auswirkungen zu einem bedeutsamen Verlust an Lebensqualität und dramatischen wirtschaftliche Einbußen in unserer Region führen werden. Eine restlose Zerstörung der Natur und Umwelt durch dieses industrielle Großvorhaben wollen wir unserer Heimat nicht zumuten.

Wir lehnen daher dieses Vorhaben in unserer Region ab.

**Wir sagen NEIN  
zum Braunkohleabbau im Landkreis  
Ludwigslust!**

**Bürgerinitiative "Braunkohle-Nein!"**

**[www.braunkohle-nein.de](http://www.braunkohle-nein.de)**

## **Folgen des Braunkohletagebau für den Landkreis Ludwigslust**

### **Vernichtung bestehender Arbeitsplätze**

Insbesondere in den Bereichen Landwirtschaft, Tourismus und Gastronomie wird es umständehalber zu Geschäfts- und Unternehmensschließungen mit Vernichtung von bestehenden Existenzen, anhaltenden Beeinträchtigungen des Arbeitsmarktes und steigenden Abwanderungstendenzen kommen. Das zukunftsorientierte Konzept des sanften Tourismus im Landkreis LWL und dem Naturpark Elbetal wird zwangsläufig beendet. Die Region verliert jegliche Attraktivität für den Tages- und Urlaubstourismus. Damit verbunden sind dauerhafte Standortnachteile für Handwerk, Handel, Gewerbe und moderne Industriensiedlungen wie die Beispiele der bestehenden Tagebaugebiete Garzweiler, Hombach und Heuersdorf in drastischer Weise aufzeigen. Alle dort betroffenen Gemeinden beklagen einen dramatischen Rückgang des Steueraufkommens, insbesondere der Gewerbesteuer und einen gravierenden Anstieg der Arbeitslosigkeit.

### **Keine finanziellen Vorteile für die Region**

Wir wollen keine Opfer von ausländischen Unternehmen sein, die ihre Gewinne in die USA abführen und einen verarmten Natur- und Wirtschaftsraum hinterlassen. Die MIBRAG mbH gehört zu 100% zwei höchst umstrittenen US-amerikanischen Konzernen - der „Washington Group International“ und der „NRG Energy Inc.“. Arbeitsplätze in nennenswerter Zahl werden aufgrund automatisierter Abbauverfahren für Einheimische nicht geschaffen.

### **Ökologische Schäden**

Bei dem betroffenen Areal handelt es sich laut Umweltministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, welches das Projekt ebenfalls ablehnt, um gemeldetes FFH-, EU-Vogelschutz- und Naturparkgebiet. Insbesondere ist eine Heidelandschaft betroffen, die nach Größe und Ausprägung im westlichen Mecklenburg einzigartig ist. Weiterhin wird der Abbau aus wasserwirtschaftlichen Gründen strikt abgelehnt. Der Kohleabbau führt zu einer rapiden Grundwasser-

absenkung, die unter anderem zu einer starken Versalzung des Wassers mit Konsequenzen für die Land- und Forstwirtschaft, für den Obstanbau und letztendlich für die gesamte Natur sorgt.

### **Luftverschmutzung**

Kilometerweite Luftverunreinigung durch den Tagebau sowie unvollständig filtrierte Verbrennungsrückstände durch geplante Kraftwerke sind zu erwarten. Krebserregende Fein- und Grobstaubpartikel werden in der Luft freigesetzt. Aus den Tagebaugebieten Garzweiler, Hambach und Heuersdorf sind Himmel verdunkelnde Sand- und Dreckstürme bekannt. Hinzu kommen Abgase und Luftverschmutzung durch schwere LKW.

### **Lärmbelästigung**

Rund um die Uhr werden Abraumbagger, Förderanlagen und technisches Gerät sowie die Braunkohlekraftwerke kilometerweit eine Lärmkulisse verursachen. Der Güterverkehr wird schon lange vor Inbetriebnahme des eigentlichen Abbaus gravierend zunehmen.

### **Werteverfall des Eigentums**

Durch die Grundwasserabsenkungen können erhebliche Gebäudeschäden entstehen. Immobilienpreise werden im Landkreis bis weit unter jetzigen Verkehrswert sinken. Die bestehende, teils historische Bausubstanz der Region wird im Abbaugbiet unwiederherstellbar vernichtet. Durch den Verlust an Attraktivität verlieren Baugrundstücke und Immobilien schon jetzt nachweisbar an Wert.

Durch die zur Zeit stattfindende Diskussion um den Braunkohletagebau treten heute schon erste negative wirtschaftliche Folgen hervor: Investitionen werden aufgeschoben oder bleiben ganz aus, potentielle Arbeitsplätze entstehen erst gar nicht.

Deshalb unsere Forderung an die Politik, dem Vorhaben der Braunkohlebetreiber endgültig eine Absage zu erteilen. Die MIBRAG mbH soll - auch im eigenem betriebswirtschaftlichen Interesse - jegliche Vorbereitungsarbeit schnellstmöglich einstellen, um eine Rechts- und Investitionssicherheit für die Unternehmen und Bürger in unserer Region wiederherzustellen.